Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postscheckkonto: Dresden, [illegible] Nr. 1268. — Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Belegversendung 30 Pf.

Nr. 30 | Dresden, Sonnabend den 5. Februar 1921 | 32. Jahrg.

Auf zum Massenprotest!

Sozialdemokratische Partei, Unabhängige sozialdemokratische Partei
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Dresden (Gewerkschaftskartell)

rufen die organisierte Arbeiterschaft auf zu Massenkundgebungen gegen die beabsichtigte Ausbeutung und Niederdrückung unsres Volkes.

Arbeiter und Arbeiterinnen, heraus zum entschiedenen Protest! Die Folgen der imperialistischen Politik treffen besonders schwer die arbeitende Klasse, wenn sie sich nicht zu einer energischen Gegenwehr aufrafft. Die Erfüllung der Forderungen würde eure völlige Verelendung bedeuten.

Deshalb folgt morgen Sonntag in Massen dem Rufe der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsbundes.

Es finden Versammlungen statt Sonntag, vormittags 10 Uhr, in folgenden Lokalen:

Kristallpalast, Schäferstraße.	Weintraube, Niederlößnitz.
Drei-Kaiser-Hof, Löbtau.	Weißer Adler, Loschwitz.
Donaths Neue Welt, Tolkewitz.	Reichskrone, Bischofsweg.
Stadt Leipzig, Leipziger Straße.	Rote Schänke (Döhl. Hof), Döhlen.

Redner: Eggert, Efferoth, Edel, Fräßdorf, Grötzsch, Heldt, Menke, Wirth.

Volksgenossen u. -genossinnen, erfüllt eure Pflicht!

Verschwendung im Handel

In unserer Rundschau, die wir vor zwei Wochen veröffentlicht hatten, waren wir auch auf die Ausverkäufe, die jetzt stattgefunden haben, eingegangen und hatten dabei bemerkt, daß wahrscheinlich doch die Kaufleute ihre Waren jetzt nicht gerade mit Verlust verkaufen würden, und daß sich aus der Höhe der Abschläge erkennen ließe, um wieviel die Waren durch den Kleinhandel verteuert würden. Diese Bemerkung hat bei einer Anzahl Dresdner Kaufleute starken Widerspruch erregt. Es wird behauptet, daß bei den Ausverkäufen die Waren vielfach unter dem Einkaufspreise verkauft werden. Wenn allerdings in einem Schreiben, das uns zugegangen ist, darauf verwiesen wird, daß im Sommer viele Geschäfte an ihren Waren große Verluste erlitten haben, so würde das für die Frage, ob jetzt bei den Ausverkäufen unter dem Einkaufspreis verkauft wird, nichts beweisen. Es ist selbstverständlich, daß in der Zeit eines Preissturzes, wie im Sommer, die Geschäfte an ihren Vorräten Verluste erleiden müssen.

Die Behauptung, daß durch das gegenwärtige Verteilungssystem dem Publikum die Waren sehr stark verteuert werden, müssen wir in vollem Umfange aufrechterhalten. Von einer gut unterrichteten und völlig unparteiischen Stelle sind uns Angaben darüber zur Verfügung gestellt worden, wie hoch die Aufschläge des Handels üblicherweise sind. Danach werden z. B. beim Tabak vom Großhandel 10 Prozent und vom Kleinhandel 20 bis 25 Prozent zugeschlagen. Bei Modewaren beträgt der Zuschlag im Großhandel bis zu 20 Prozent, beim Kleinhandel [illegible] bis 50 Prozent, wobei uns allerdings mitgeteilt wird, daß gegenwärtig die Zuschläge zur Erhöhung der Kauflust häufiger erniedrigt werden. Bei andern Textilwaren (nicht Modewaren) beträgt der Zuschlag im Großhandel 10 bis 20 Prozent und im Kleinhandel 15 bis 33⅓ Prozent. Bei Schuhen beträgt der Zuschlag im Großhandel etwa 10 Prozent und im Kleinhandel bei einfachen Waren 18 bis 20 und bei besseren Waren 20 bis 25 Prozent. Bei Möbeln werden vom Großhandel etwa 20 Prozent und im Kleinhandel 30 bis 40 Prozent, bei eichenen Möbeln sogar 40 bis 50 Prozent und bei polierten Möbeln sogar 50 bis 60 Prozent zugeschlagen. Bei Küchen- und Hausgerät beträgt der Zuschlag zum Teil 40 bis 60 Prozent.

Ein recht deutliches Beispiel dafür, wie hoch der Handel den Verbrauchern die Waren verteuert, ist auch das Buch. Von dem Preise eines Buches entfallen höchstens 50 Prozent auf Papierfabrikanten, Buchdrucker, Buchbinder und Verfasser; 50 Prozent und mehr erhält der Handel (Sortimenter, Kommissionär, Verleger). [illegible] Prozent des Buchpreises sind der Mindestzuschlag, den der Sortimenter (Ladenbuchhändler) nimmt, und dazu kommen jetzt noch Teuerungszuschläge. Muß diese Verteuerung der Waren sein?

In den Handelszuschlägen ist natürlich nicht nur der Gewinn der Kaufleute, sondern es sind darin auch bedeutende Spesen und Unkosten enthalten. Es mag sein, daß bei den heutigen Verhältnissen sehr viele Kaufleute einfach nicht existieren könnten, wenn die Handelszuschläge geringer wären, als sie jetzt üblich sind. Aber der Betrag, den der Kaufmann als Ersatz für seine Unkosten auf den Waren aufschlagen muß, hängt nicht nur ab von der absoluten Höhe der Unkosten, sondern vor allen Dingen von dem Umsatz. Der Umsatz der einzelnen Geschäfte ist aber oft deswegen verhältnismäßig gering, weil die Zahl der Geschäfte eine übermäßig große ist. Beinahe an jeder Straßenecke finden wir ein Zigarrengeschäft, ein Schokoladengeschäft, einen Manufakturwarenladen. Jedes von diesen Geschäften muß, um seinen Kunden die nötige Auswahl bieten zu können, ein großes Lager halten, das Zinsen verschlingt, jedes besonders für sich Reklame machen. Und die Konkurrenz der Geschäfte führt dazu, daß für Geschäftsladen ganz wahnsinnige Mieten gezahlt werden, die natürlich der Konsument in den Preisen der Waren mit bezahlen muß. Wenn statt der jetzt vorhandenen Läden immer nur je eine Verkaufsstelle vorhanden wäre, so brauchte diese Verkaufsstelle nicht ein Lager zu halten, das so groß wäre, wie heute die Lager der zehn einzelnen Geschäfte zusammen. Bei gleichem Umsatz brauchte sie nicht so viel Ladenraum und so viel Personal, wie die heute vorhandenen Läden. Bei einer größeren Konzentration würde der Kleinhandel mit einem viel geringeren Spesensatz auskommen und deswegen könnten die Waren billiger verkauft werden.

Nun beruft man sich darauf, daß durch die [illegible] Konkurrenz, die zwischen den Kaufleuten besteht, die Preise gedrückt werden. Aber bei manchen Waren kann von einer Preissenkung durch Konkurrenz deswegen nicht mehr die Rede sein, weil die Preise einheitlich von den Fabrikanten festgesetzt werden. So z. B. bei Zigaretten, Schokolade in Tafeln, Büchern. Vor allen Dingen aber wird der Senkung der Preise durch die Konkurrenz dadurch Schranken gesetzt, daß ja eben die Kaufleute auf ihre Kosten kommen müssen und auf die Dauer nicht mit Verlust verkaufen können. Und diese Kosten sind eben infolge der unsinnigen Zersplitterung im Handel unnötig groß. Es fällt uns nicht ein, irgendeinem Kaufmann wegen der Höhe des Handelszuschlages einen Vorwurf zu machen, sondern wir wenden uns gegen das unsinnige System, das heute bei der Warenverteilung herrscht und die Bevölkerung schwer belastet. Es ist für einen Sozialisten selbstverständlich, daß wir natürlich nicht eine Art Privilegiensystem einführen wollen, bei dem nur eine beschränkte Anzahl Kaufleute [illegible] und es diesen erlaubt würde, so viel für ihre Waren zu [illegible], wie sie wollte. Was wir fordern, ist eine [illegible] Organisation der [illegible]

Der unzufriedene Tardieu

[illegible] Wiederaufnahme der Verhandlungen der Pariser Kammer [illegible] erster Interpellant der Abg. Margaine, er [illegible], daß viel mehr hätte erzielt werden können. Nach Ansicht des Kommunisten Cachin habe die letzte Konferenz die deutsche [illegible] aufgeschoben und damit das reaktionäre Deutschland [illegible] im russischen Bolschewismus ausgeliefert. Die vorgesehenen [illegible] würden nur die Armen und Unglücklichen treffen. [illegible] schließlich für Sowjetrußland ein und erklärte, der Weltfriede [illegible] erst gesichert sein, wenn die Arbeiter zur Macht gelangten. [illegible] Abgeordnete Lacotte nannte die Ergebnisse der [illegible] eine Mystifikation. Er griff die französische und englische [illegible] an, [illegible] aber, wie der Havasbericht feststellt, nur [illegible]

Der Abgeordnete

André Tardieu

[illegible] dem Ergebnis, daß das Pariser Abkommen weder neue Bürgschaften noch neue Pfänder gebe, und bestritt dann die Möglichkeit, [illegible] Forderungen zu kontrollieren. Die Solidarität der Alliierten bedeute [illegible] Schwierigkeiten, solange Amerika nicht teilnehme. Das Abkommen von Paris werde, wenn Deutschland in 15 Jahren alles bezahlt habe, unweigerlich dahin führen, daß man die Garantie der Besetzung des linken Rheinufers aufgeben müsse. Abg. Baron rief [illegible]: Sie wollen das linke Rheinufer wohl ewig besetzen? Tardieu antwortete: Je nach Maßgabe, wie uns der schlechte Wille der Deutschen dazu berechtigt, müssen wir die Pfänder behalten. Tardieu [illegible] dann seine Rede unterbrechen, weil Briand erklärte, seine [illegible] zwängen ihn, den Saal zu verlassen. Die Sitzung wurde [illegible] Uhr abends abgebrochen.

•

In der Donnerstag-Sitzung setzte Tardieu seine gestern unterbrochene Rede fort. Er habe gestern bewiesen, daß das Pariser Abkommen an die Stelle der Wiederherstellungskommission [illegible] gesetzt habe, um die Schuld Deutschlands festzusetzen. [illegible] heute beweisen, daß die Forderung Frankreichs durch [illegible]

auf 71 Milliarden Goldmark herabgesetzt

[illegible] Stelle der 214 Milliarden, die man zu verlangen habe, [illegible] hatten sogar gesagt, die Ziffer von 71 [illegible]. Tardieu wies [illegible], daß Deutschland [illegible] nur für 15 Milliarden Goldmark aufzukommen habe. [illegible] der Wiederherstellung habe es 12 Milliarden Goldmark [illegible]. Es hätte aber vor März 1921 20 Milliarden Goldmark zahlen sollen. Er frage deshalb, ob es richtig sei, sich mit den Deutschen darein zu finden, daß man sage, der Vertrag sei unausführbar, wir werden ihn abändern. Die Sachverständigen hätten [illegible], daß Deutschland imstande sei, den Friedensvertrag [illegible] auszuführen. Gerade diesen Augenblick wähle man, um die Forderungen herabzusetzen.

Schon seit einem Jahre hätte man den Verbündeten sagen müssen, man müsse sich verständigen, um die strengste Ausführung des Vertrages zu fordern. Man hätte ein allgemeines Pfand auf [illegible] Boden Deutschlands haben müssen. Man hätte das [illegible] die Finanzen, den deutschen Handel überwachen und nach[illegible] die die Interessen im Hinblick auf das Kontingent [illegible] müssen. Seit einem Jahre hätten die Verbündeten können und müssen. Die äußerste Linke unterbricht mehrmals und fragt: Was? Tardieu führt fort, die Klauseln des Friedensvertrages [illegible] anzuwenden und von Deutschland [illegible] Zahlungen im vorgesehenen Betrage von vier Milliarden verlangen müssen. Seit einem Jahre habe man sich seiner Vertragsklauseln bedient. Der [illegible] von Lloyd George habe geschrieben, wenn die [illegible] nicht dort wären, wären sie nicht [illegible]. Die Verbündeten hätten seit 15 Monaten Abkommen und Verhandlungen angenommen, die von den Vertragsbestimmungen abgewichen worden seien.

Tardieu beschwor sodann das Parlament, der französischen Regierung klar zu sagen, damit die englische Regierung es auch wisse, daß das Gefühl des Landes

keine Nachgiebigkeit mehr

duldet. Lloyd George sei zu sehr Parlamentarier, um nicht zu begreifen, daß die französische Regierung nichts gegen den Willen des Parlaments unternehmen könne. (Beifall.) Es wäre ein Paradoxon, wenn die Engländer, die sich mit den Franzosen gegen Deutschland geschlagen hätten, gegenüber dem Vertrag von Versailles den Standpunkt von Bethmann-Hollweg einnähmen. (Hört, hört!)

Tardieu wies darauf hin, welche Freude die Deutschen angesichts dieses Triumphes empfänden. Er verlange von der Regierung, daß sie die Verhandlungen mit den Verbündeten wieder aufnehme, da die Konferenz von Paris zu keiner endgültigen Entscheidung gekommen sei. Diese Konferenz sei überhaupt [illegible]. Briand sei es gewesen, der 1917 die Unannehmbarkeit [illegible] Verhandlungen anerkannt habe. (Ministerpräsident Briand verlangt Aufklärung.) Tardieu antwortete: Haben Sie nicht von der Möglichkeit 1917 Frieden zu schließen gesprochen?

Tardieu beendet seine Rede, indem er seine Kollegen auffordert, ihren Willen dahin kundzutun, daß sie die Abmachungen von Paris nicht annehmen und wünschen, daß über den Gesamtkomplex die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Briand

empfindet [illegible] Freude empfunden, als ich von der Interpellation Tardieu vernommen hatte. Ich kenne [illegible], aber ich kenne auch alle seine Fehler. Er wisse, unter welchen Schwierigkeiten verhandelt worden sei. Man müsse nachsichtig gegenüber einem Mann sein, der diesen Vertrag unter schwierigen Bedingungen habe zur Anwendung bringen müssen und der das Beste für sein Land getan habe. Der Abgeordnete Tardieu habe ein wunderbares Monument der Kritik aufgerichtet. Er habe geglaubt, daß Tardieu, als er in die Aussprache eingegriffen habe, habe mitarbeiten wollen.

Die krankhafte Gereiztheit der mehrheitlichen Chauvinisten in der französischen Kammer äußert sich nicht nur in der kühlen Aufnahme der Erklärung Briands, sondern noch mehr in den stürmischen Huldigungen, die man Tardieu brachte, als er die dauernde Besetzung des linken Rheinufers fast unverschleiert forderte. Die Deputierten sind trotz den großen Erfolgen in gedrückter Stimmung, weil selbst die größten Zahlungen Deutschlands den Riesenfehlbetrag des französischen Staatshaushalts nicht aus der Welt zu schaffen vermögen.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210205/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG